

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [Zwischenbilanz: Großes Interesse an Debatte über die Zukunft Europas](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- [Klimawandel: Mehr Bäume, weniger CO2](#) 3
- [Fluglinien-Vorstände warnen vor Auswirkungen des Brexits auf Tourismus](#) 3
- [EP-Ausschuss schlägt neue Düngemittel-Gesetze vor](#) 4

##### Rat der Europäischen Union

- [Rat legt seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2018 fest und unterstützt die Erhöhung des EU-Haushalts 2017](#) 5

##### Europäische Kommission

- [Start der zweiten Brexit-Verhandlungsrunde mit dem Vereinigten Königreich](#) 6
- [Hochrangige Sachverständigengruppe für nachhaltige Finanzierungen liefert erste Empfehlungen](#) 6
- [Beschäftigungsbericht 2017: Positive Trends, doch die Situation junger Menschen bleibt schwierig](#) 7
- [Kommission schnürt Maßnahmenpaket für Europas Regionen](#) 8

##### Ausschuss der Regionen

- [Kommunal- und Regionalpolitiker fordern eine gerechte, nachhaltige und solidarische GAP](#) 9
- [Spitzenpolitiker der Kommunen und Regionen fordern eine intelligente Regulierung für KMUs](#) 10

##### Sonstiges

- [Industrieproduktion im Euroraum um 1,3 % gestiegen](#) 11
- [Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens an EU-Kommissar Hogan](#) 12

##### Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 13

##### Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

##### Tagesordnungen der Institutionen

##### Impressum und Abbildungsverzeichnis

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*

*Fax: 0032 2 742 09 80*

*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Zwischenbilanz: Großes Interesse an Debatte über die Zukunft Europas

Die im März 2017 von der Kommission eröffnete Debatte über die Zukunft der Europäischen Union ist in vollem Gange. Europaweit wurden bislang potenziell 30 Millionen BürgerInnen erreicht.



Die am 17. Juli veröffentlichten Ergebnisse zeigen, dass bereits 270.000 BürgerInnen an über 1.750 Veranstaltungen der Kommission teilgenommen haben. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker freute sich über diese Zahlen. „Mich stimmt es sehr optimistisch, dass so viele Leute sich an der von uns am 1. März mit unserem Weißbuch ins Leben gerufenen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union beteiligen. Wir können bereits jetzt zahlreiche unterschiedliche Meinungen und Anregungen und viel Schwung aus der Debatte mitnehmen“, so Juncker. Er betonte, dass es die BürgerInnen Europas sind, welche die Zukunft Europas gestalten.

Juncker will bei der jährlichen Rede zur Lage

der Europäischen Union am 13. September der Öffentlichkeit seine Vorstellungen von der Zukunft Europas darlegen. Bis dahin sind die Bürgerinnen und Bürger Europas auch weiterhin aufgefordert, ihre Ansichten kundzutun.

Am 1. März hat die Kommission mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas eine europaweite Debatte angestoßen, um den BürgerInnen und den politisch Verantwortlichen Gelegenheit zu geben, eine Vision der EU mit 27 Mitgliedstaaten zu entwerfen. Das Weißbuch skizziert fünf Szenarien für die Entwicklung der Europäischen Union bis 2025.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## Klimawandel: Mehr Bäume, weniger CO2

**Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat am 11. Juli Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen und Erhöhung der CO2-Bindung durch Wälder gebilligt. So soll der Klimawandel bekämpft werden.**

Der Gesetzesvorschlag sieht vor, dass Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, Abholzungen durch Neuanpflanzungen oder bessere Bewirtschaftung von bestehenden Wäldern, Ackerland oder Grasland auszugleichen. Dadurch sollen die entsprechenden Emissionen kompensiert und gleich viel CO2 in der Atmosphäre gebunden werden.

Der Vorschlag sieht außerdem vor, dass in Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaabkommen ab 2030 mehr CO2 absorbiert als ausgestoßen wird. Es soll zudem die Möglichkeit geschaffen werden,

einen innerhalb von 5 Jahren aufgebauten Überschuss an CO2-Bindung auf die Folgeperiode als Gutschrift zu übertragen.

Holzprodukte, etwa Baumaterial oder Möbel, können ebenfalls als Kohlenstoffspeicher ausgewiesen werden. Der Gesetzesvorschlag sieht außerdem vor, dass die Mitgliedstaaten jährlich über ihre Emissionsstatistik berichten. Kommt ein Mitgliedsstaat seinen Verpflichtungen nicht nach, erhält er weniger Z u e n d u n g e n a u s d e r Lastenteilungsverordnung.

[Mehr Informationen](#)

## Fluglinien-Vorstände warnen vor Auswirkungen des Brexits auf Tourismus

**Führende Fluglinien-Vorstände haben am 11. Juli bei einem Hearing des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) vor den negativen Folgen des Brexits für die europäische Luftfahrt sowie den Tourismus gewarnt.**

Die Vorstände warnten davor, dass Passagiere als Folge des Brexits abspringen könnten. Dadurch könnten der europäischen Tourismuswirtschaft 21 Milliarden Euro Umsatz entgehen. Besonders davon betroffen wären Portugal, Malta sowie Zypern.

Die Vorstände betonten, dass bei den Brexit-Verhandlungen ein Fokus auf der Luftfahrt

liegen müsse. Da es im Bereich der Luftfahrt im Falle eines harten Brexits keine Auffangregelungen mehr gäbe, könnten nach dem Austritt von Großbritannien sämtliche Flüge gestrichen werden.

[Mehr Informationen](#)



## EP-Ausschuss schlägt neue Düngemittel-Gesetze vor

**Der Binnenmarktausschuss des Europaparlaments (IMCO) hat am 13. Juli über die neue Düngemittelverordnung abgestimmt. Er hat vorgeschlagen, die Verordnung auszuweiten und den Markt über innovative Produkte wie Bio-Dünger oder Kompost-Dünger zu öffnen.**

Dem Vorschlag liegt der geplante Übergang zur Kreislaufwirtschaft in der EU zu Grunde. Die EU-Kommission schlug deshalb im März 2016 vor, innovative Düngemittel zu fördern, um Abfälle, Energieverbrauch und Umweltschäden zu reduzieren. Laut Schätzungen der Kommission könnten sich durch die Gesetzesänderungen die Phosphatimporte um ein Drittel verringern.

Bisher haben auf Grund der Düngemittelverordnung lediglich konventionelle Dünger Zugang zum Binnenmarkt. Diese werden entweder chemisch hergestellt oder basieren auf Mineralien. Diese Düngerarten verbrauchen viel Energie und produzieren zudem große Mengen CO<sub>2</sub>. Mit der Änderung wird dieser Zugang auch auf neuartige Düngemittel, welche auf Biostoffen und Abfällen basieren,

ausgeweitet. Unter die neue Verordnung fallen somit unter anderem Produkte aus Klärschlamm.

Für Produzenten wird es dadurch leichter, derartige Produkte europaweit zu verkaufen. LandwirtInnen und KonsumentInnen können sich über eine größere Auswahl freuen. Zudem werden EU-weite Qualitäts-, Sicherheits- sowie Umweltstandards umgesetzt und Produkte besser gekennzeichnet.

Für Produzenten, welche nicht am EU-Binnenmarkt verkaufen wollen, gelten weiterhin nationale Regelungen.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## Rat legt seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2018 fest und unterstützt die Erhöhung des EU-Haushalts 2017

**Die Ständigen Vertreter haben sich am 12. Juli auf den Standpunkt des Rates zum Entwurf des EU-Haushaltplans für 2018 geeinigt. Der Standpunkt des Rates sieht deutliche Budgetaufstockungen vor.**

So sollen sowohl Verpflichtungen als auch Zahlungen um 0,6 % bzw. 7,4 % erhöht werden. Die Zahlungen nehmen zu, da die Umsetzung der Programme 2014-2020 nach der ersten Anlaufphase voraussichtlich anziehen wird. Der Rat legt den Schwerpunkt dabei auf Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, eines nachhaltigen Wachstums, zur Stärkung der Sicherheit sowie zur Bewältigung der Migration. So

sollen unter anderem 2018 mehr Mittel in das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 und die Connecting Europe Facility zur Förderung europäischer Infrastrukturprojekte fließen.

Die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament beginnen im Oktober.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Start der zweiten Brexit-Verhandlungsrunde mit dem Vereinigten Königreich

**Am 17. Juli hat die zweite Verhandlungsrunde zum Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union begonnen. Für die EU leitet Chefunterhändler Michael Barnier die Verhandlungen.**

Noch gibt es bei zahlreichen Fragen unterschiedliche Standpunkte. Im Zentrum der zweiten Verhandlungsrunde stehen die Rechte von EU-BürgerInnen im Vereinigten Königreich, die finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens sowie die historisch sensible Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland. Michel Barnier beziffert die abschließenden finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens mit bis zu 100 Milliarden Euro.

Der Brexit Koordinator des Europäischen Parlaments, Guy Verhofstadt, [kritisierte](#)

unterdessen die britische Regierung für ihre Haltung in Bezug auf die Rechte von EU-BürgerInnen. Die Möglichkeit für EU-BürgerInnen, einen sogenannten „gesicherten Status“ zu erwerben würde Rechtsunsicherheit sowie einen enormen Verwaltungsaufwand für die Betroffenen verursachen. Verhofstadt will die Rechte der EU-BürgerInnen in Großbritannien in vollem Ausmaß erhalten.

[Mehr Informationen](#)

## Hochrangige Sachverständigengruppe für nachhaltige Finanzierungen liefert erste Empfehlungen

**Die Hochrangige Sachverständigengruppe für nachhaltige Finanzierungen hat ihren ersten Report mit Schritten zur Schaffung eines Finanzsystems präsentiert, welches nachhaltige Investments fördern soll. Ziel ist eine CO2-arme, ressourcenschonende und nachhaltige Wirtschaft.**

Der Finanzsektor spielt demzufolge eine große Rolle bei der Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens sowie bei der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Ziel ist ebenso, dafür zu sorgen, dass mehr privates Kapital in grüne und nachhaltige Investitionen fließt. Etwa 180 Milliarden Euro an jährlichen Investitionen sind notwendig, um die Energie- und Klimaziele der EU zu erreichen.

Die Vorreiterrolle der EU bei der Frage nachhaltiger Finanzierungen ist eine der Prioritäten der Juncker-Kommission. Die Vorschläge der Sachverständigengruppe sollen hierbei einen wichtigen Beitrag leisten.

Die ExpertInnen empfehlen unter anderem die Einführung eines Klassifizierungssystems für nachhaltige Anlagen und einen europäischen Standard und Kennzeichnung für „grüne“ Anleihen. Außerdem schlagen sie vor, dass Kreditinstitute sowie Firmen offenlegen, welche Rolle Nachhaltigkeit in ihrem Entscheidungsfindungsprozess spielt.

Die Hochrangige Sachverständigengruppe wird nun weitere Politikbereiche untersuchen. Der Zwischenbericht wurde am 18. Juli bei einem Hearing der Kommission diskutiert. Eine öffentliche Konsultation soll folgen.

[Mehr Informationen](#)



## Beschäftigungsbericht 2017: Positive Trends, doch die Situation junger Menschen bleibt schwierig

**Noch nie waren so viele Menschen in der EU erwerbstätig wie 2016. Das geht aus dem von der Kommission vorgelegten Jahresbericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa hervor.**

Die Arbeitslosenquote in der EU ist auf dem niedrigsten Stand seit Dezember 2008. Auch in [Österreich](#) sinkt die Arbeitslosigkeit: Ende Juni 2017 waren rund 375.000 Menschen arbeitslos oder in Schulung beim AMS gemeldet. Dies ist mit einem Minus von -3,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit heuer. Einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit gab es auch in den krisengeplagten Ländern Portugal, Spanien und Griechenland.

Trotz der positiven Trends wird deutlich, dass es die jüngeren Generationen deutlich schwieriger haben. Sie finden nur mit Mühe einen Arbeitsplatz und arbeiten häufiger in atypischen und prekären Beschäftigungsformen, was zu einem geringeren Sozialschutz führen kann.

Darüber hinaus wird die Erwerbsbevölkerung voraussichtlich bis 2060 jedes Jahr um 0,3 % schrumpfen. Dies bedeutet, dass weniger ArbeitnehmerInnen in die Rentensysteme einzahlen und oft niedrigere bzw. unregelmäßige Beiträge leisten, die nicht

einer Vollzeit- bzw. Standardbeschäftigung entsprechen. Daneben wird es mehr RentenbezieherInnen geben.

Besser ist die Situation in Österreich. Die saisonbereinigte Jugendarbeitslosigkeit liegt hier mit 10,1 % deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 16,7 %. Das ist der viertbeste Wert in der EU.

Die Kommission will diesem Ungleichgewicht vor allem durch die europäische Säule sozialer Rechte entgegen wirken und für faire und reibungslos funktionierende Arbeitsmärkte sorgen. Mit der Verlängerung der Jugendgarantie, der Aufstockung der Mittel für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und der kürzlich vorgestellten Initiative für weitere Investitionen in Europas Jugend will die Kommission jungen Menschen zudem möglichst viele Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen.

[Mehr Informationen](#)



## Kommission schnürt Maßnahmenpaket für Europas Regionen

**Um die Regionen auf die Herausforderungen der wirtschaftlichen Modernisierung und Globalisierung vorzubereiten, hat die Kommission am 18. Juli ein neues Maßnahmenpaket vorgestellt.**

Regionen sollen dabei unterstützt werden, in ihre Wettbewerbsnischen zu investieren. Dieses Konzept im Rahmen der sogenannten „intelligenten Spezialisierung“ soll die erforderliche Innovation und Widerständigkeit schaffen und Wachstum generieren.

Aufgrund des Ansatzes der „intelligenten Spezialisierung“ sollen zwei neue Pilotprojekte umgesetzt werden. Zum einen sollen Regionen auf Anfrage mit ExpertInnen der Kommission zusammenarbeiten, um auf der Grundlage ihrer Strategien für eine intelligente Spezialisierung ihre Innovationsfähigkeit zu steigern. Dabei sollen Investitionshemmnisse beseitigt, den Bürgerinnen und Bürgern die richtigen Kompetenzen vermittelt und der Weg für den industriellen und gesellschaftlichen Wandel geebnet werden.

Zum anderen sollen mit EU-Mitteln interregionale Innovationspartnerschaften gefördert werden. Dadurch sollen „bankfähige“ interregionale Projekte ermittelt und ausgebaut werden.

Im Rahmen der „intelligenten Spezialisierung“ wurde zuvor von allen Regionen verlangt, dass sie Investitionsstrategien auf der Grundlage ihrer eigenen Wettbewerbsvorteile konzipieren. Diese reichen von landwirtschaftlichen Lebensmittelspezialitäten und dem Fremdenverkehr bis hin zu Nanotechnologien und der Luft- und Raumfahrttechnik.

[Mehr Informationen](#)





# Ausschuss der Regionen

## Kommunal- und Regionalpolitiker fordern eine gerechte, nachhaltige und solidarische GAP

**Der AdR hat seine Empfehlungen für die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2020 beschlossen. Damit soll eine qualitätsvolle, nachhaltige Landwirtschaft mit fairen Preisen und angemessen vergüteten Arbeitsplätzen in allen Gebieten der Europäischen Union aufrechterhalten werden.**

Die Stellungnahme hebt die Stärken der europäischen Landwirtschaft hervor, unter anderem ihre große Vielfalt, die natürlichen Vorteile ihrer landwirtschaftlichen Flächen und ihre Innovationsfähigkeit. Gleichzeitig betont sie auch die Herausforderungen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum, wodurch eine Reform der GAP unverzichtbar wird. So ist zwischen 2007 und 2013 die Anzahl der Betriebe um 20 % zurückgegangen. Es gibt zudem erhebliche Ungleichheiten bei der Verteilung der Direktzahlungen, wachsende Konzentration der Produktion sowie geringe Einkünfte für viele Landwirte. Der AdR betont zudem die Herausforderungen in puncto Umwelt, Klima und Gesundheit und das zunehmende Stadt-Land-Gefälle.

Die Empfehlungen des AdR sehen vor, dass das Budget der GAP beibehalten wird und insbesondere keine nationale Kofinanzierung erfolgt. Zudem sollen Direktzahlungen an Landwirte gedeckelt werden und dabei die Zahl der aktiv im Betrieb Tätigen berücksichtigt werden. Die Unterschiede der

Höhen der Direktzahlungen sollen sowohl zwischen den Betrieben als auch zwischen den Mitgliedsstaaten verringert werden.

Der AdR fordert zudem, dass auch im internationalen Agrarhandel landwirtschaftliche Familienbetriebe mit dem Schwerpunkt auf regionalen und lokalen Märkten und kurzen Kreisläufen im Mittelpunkt stehen. Die Mitglieder des AdR wollen zudem die Position der landwirtschaftlichen ErzeugerInnen gegenüber der Agrarindustrie und großen Handelsketten stärken. Gefordert wird außerdem eine Stärkung der zweiten Säule der GAP, der Entwicklung des ländlichen Raums.

Die Stellungnahme des AdR ist ein Beitrag zu dem Konsultationsprozess über die Modernisierung der GAP. Die Veröffentlichung der Kommissionmitteilung ist für Ende dieses Jahres vorgesehen.

[Mehr Informationen](#)



## Spitzenpolitiker der Kommunen und Regionen fordern eine intelligente Regulierung für KMUs

**Der AdR fordert in einer Stellungnahme die Verbesserung des Zugangs von KMUs zu öffentlichen Aufträgen, zum Binnenmarkt und zu Finanzierungen. Gefordert werden außerdem KMU-freundliche Steuervorschriften und eine angemessene Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der KMUs in puncto**

So sollen sowohl Verpflichtungen als auch Zahlungen um 0,6 % bzw. 7,4 % erhöht werden. Die Zahlungen nehmen zu, da die Umsetzung der Programme 2014-2020 nach der ersten Anlaufphase voraussichtlich anziehen wird. Der Rat legt den Schwerpunkt dabei auf Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, eines nachhaltigen Wachstums, zur Stärkung der Sicherheit sowie zur Bewältigung der Migration. So

sollen unter anderem 2018 mehr Mittel in das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 und die Connecting Europe Facility zur Förderung europäischer Infrastrukturprojekte fließen.

Die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament beginnen im Oktober.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Industrieproduktion im Euroraum um 1,3 % gestiegen

**Laut Schätzungen von Eurostat ist im Mai 2017 die saisonbereinigte Industrieproduktion gegenüber April 2017 im Euroraum (ER19) um 1,3 % und in der EU28 um 1,2 % gestiegen. Gegenüber Mai 2016 nahm die Industrieproduktion im Mai 2017 in beiden Gebieten um 4,0 % zu.**

Die Steigerung im Euroraum ist darauf zurückzuführen, dass die Produktion von Investitionsgütern um 2,3 %, von Gebrauchsgütern um 1,8 %, von Verbrauchsgütern um 1,2 %, von Energie um 0,9 % und von Vorleistungsgütern um 0,3 % zunahm.

Für Österreich liegen Eurostat in Bezug auf Mai 2017 noch keine Daten vor. Im April 2017 sank die Industrieproduktion im Vergleich zum Vormonat um 0,3 %, im Vergleich zum April des Vorjahres bedeutet das hingegen immer noch eine Steigerung um 3,6 %.

Erfreuliche Zahlen gibt es auch in Bezug auf die Exporte der heimischen [Tiroler Wirtschaft](#).

Wie die Statistik Austria erhob, konnte Tirol seine Exporte in die EU im Jahr 2016 um 6,8 %, ins restliche Europa sogar um 22 % steigern. Damit ist Tirol neben Salzburg das Bundesland mit dem größten Exportzuwachs. 12,3 Milliarden Euro Außenhandelsvolumen sind zudem ein neuer Höchststand. Die größte Exportsteigerung gab es dabei bei pharmazeutischen Erzeugnissen. Tirols führende Exportländer sind Deutschland, die Schweiz und Liechtenstein sowie Italien.

[Mehr Informationen](#)



## Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens an EU-Kommissar Hogan

Dem EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Phil Hogan, wurde am 17. Juli das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für seine Verdienste um die Republik Österreich von Bundesminister Andrä Rupprechter in unserer gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino verliehen.





# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

### [Öffentliche Konsultation zur Unterstützung der Evaluation der Europäischen Umweltagentur und des Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes](#)

Umwelt, Klimapolitik  
17. Juli 2017 - 23. Oktober 2017

### [Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Unternehmensservern und -datenspeichern](#)

Binnenmarkt, Energie, Unternehmen und Industrie  
10. Juli 2017 - 23. Oktober 2017

### [Öffentliche Konsultation zur gezielten Überarbeitung der EU-Verbraucherschutzrichtlinien](#)

Verbraucherrechte und EU-Vorschriften, Binnenmarkt  
30. Juni 2017 - 8. Oktober 2017

### [Consultation on the European Union's \(EU\) legislation on the legal migration of non-EU citizens](#)

Migration und Asyl  
19. Juni 2017 - 18. September 2017

### [Öffentliche Konsultation zur Straßenverkehrsinfrastruktur und Sicherheit von Tunneln](#)

Verkehr  
14. Juni 2017 - 10. September 2017

### [Bewertung Verordnung TEN-E](#)

Klimaschutz, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Energie, Verkehr, Europäische Nachbarschaftspolitik, Regional Policy  
30. Mai 2017 - 4. September 2017

### [Bewertung der Richtlinie über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme](#)

Verkehr  
5. Mai 2017 - 28. Juli 2017



# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

## Landwirtschaft

Businessmodelle, integrierte Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Politik der öffentlichen Hand, Dienste, Network Themen, Wissensaustausch, Innovation, ländliche Gebiete, Sozialkapital, Waldökosysteme	<a href="#">RURAL RENAISSANCE - FOSTERING INNOVATION AND BUSINESS OPPORTUNITIES*</a>	13/09/2017	€ 61.000.000
Effiziente Wassernutzung, pflanzliche Erzeugung, Anbausysteme, Gartenbau, Ackerbau, Grünland, Forstwirtschaft	<a href="#">SUSTAINABLE FOOD SECURITY – RESILIENT AND RESOURCE-EFFICIENT VALUE CHAINS</a>	13/09/2017	€ 270.500.000

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Mag. Michael Mingler

---

### Abbildungsverzeichnis

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-17-2029\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-2029_de.htm)

<http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?ref=P-025138/00-03&sitelang=en#0>